

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 63 (1990)

Heft: 7-8

Artikel: Staatliche Expansion

Autor: Kamber, Markus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ner Zusatzqualifikation selber tragen. In der Schweiz geben nur zwei Prozent die Kosten der Erwachsenenbildung als zu hoch oder als Hinderungsgrund für eine Beteiligung an. Wenn der Staat die Finanzierungsverhältnisse zugunsten der Teilnehmer trotzdem verbessern will, so soll dies nicht durch Subventionen an die Träger, sondern durch Stipendierung der Teilnehmer wirksam werden. Eine derartige Regelung würde nicht zu Verzerrungen von Leistungen führen, weil sie die freie Schulwahl sicherstellt.

Lehrinhalte und Bildungsangebot

Im grundlegenden Unterschied zu den traditionellen Schulträgern muss sich der Veranstalter von Erwachsenenbildung an den Bildungsbedürfnissen der Teilnehmer orientieren. Die grösste Motivationsgruppe betrifft gemäss Untersuchungen in der Schweiz und im Ausland die allgemeine, berufliche und persönliche Aus- und Weiterbildung. Erwachsenenbildung hat sich seit eh und je als eine integrale Bildungseinrichtung verstanden. Hier trifft denn auch die Diskussion von Staat und Privat auf einen Kernpunkt: Die Auffassung, dass die berufsbezogene Erwachsenenbildung eher eine Angelegenheit des Staates sei, widerspricht dem naturgemässen Grundverständnis der Erwachsenenbildung: Es hat zahlreiche Versuche einer derart unechten Arbeitsteilung

gegeben, sie sind alle gescheitert; sie mussten scheitern, weil politische Instanzen nicht gegen gesellschaftliche Grundbedürfnisse rennen können.

Durch die Redaktion stark gekürzter Artikel NZZ 64/88

Zunehmendes staatliches Engagement in der Erwachsenenbildung

Staatliche Expansion

Markus Kamber

Nun haben wir den gesamtschweizerischen Privatschulverband endlich. Dieses aufwendig erzielte Faktum gilt es, in der Bildungspolitik kraftvoll und wirksam einzusetzen. Das Verhältnis Staatsschule und Privatschule wird bei dieser Arbeit einen hohen Stellenwert einnehmen. Die Zeit scheint nicht ungünstig, auch in der öffentlichen Meinung bitter notwendige Korrekturen vornehmen zu können. Auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen, müssen wir unsere Forderungen immer wieder erheben und ihnen auch den notwendigen politischen Druck verleihen.

Es ist doch seltsam. Da stürzen die staatlich geplanten und dirigierten Systeme wie Kartenhäuser zusammen, die schlimmsten Befürchtungen über den üblen Zustand der erarbeiteten volkswirtschaftlichen und sozialen Werte, die ausgebeuteten Ressourcen, die Hinfälligkeit der Investitionen,

die technologische Rückständigkeit, die rücksichtslose Umweltbelastung, das magere Konsumgüterangebot, die tatsächlich vorhandene Arbeitslosigkeit und so weiter werden übertroffen. Die Erfolgsausweise der Staatswirtschaften sind erbärmlich und erfordern zur Behebung der desolaten Lage die Mithilfe der immer wieder verpönten kapitalistischen, westlichen Industrienationen und Wettbewerbsgesellschaften.

Eindimensionale Optik

Beinahe unverständlich ist die Tatsache, dass in den Medien unseres Landes aus dem Fiasko des dirigierten Kommunismus keine Lehren gezogen werden. Die ganze Wut des Bürgers scheint sich auf teilweise blöd und dilettantisch aufgezugene Personalienakten zu konzentrieren. Hier fühlt er sich in seiner Freiheit bedroht und eingeengt. Dass der Systemzusammenbruch und der Sturz aller das Volksglück planenden Regierungen viel aufregender sind, zum Nachdenken veranlassen sollten, eigentlich warnende Signale sind, zu unseren marktwirtschaftlichen, unternehmerischen Freiheiten Sorge zu tragen, scheint nicht unter die Haut zu gehen. Unter dieser – zweifellos unserem breiten Wohlstand zuzuschreibenden – Gleichgültigkeit gegenüber den wirklich wesentlichen Freiheitswerten leiden auch die Privatschulen. Sie werden gewissermassen als Selbstverständlichkeit hingenommen, wenn man auf sie angewiesen ist, an die

Rahmenbedingungen, die ihre Existenzchance und Entfaltungsmöglichkeit bestimmen, wird kaum gedacht. Im Gegenteil. Kaum wedelt der Hund mit dem Schwanz, wird der Staat zur Hilfe gerufen.

Zum Beispiel: Erwachsenenbildung

In einigen Artikeln ist die vorliegende Ausgabe der Erwachsenenbildung gewidmet. Die SVEB nimmt sich ihr seit Jahren mit viel Einsatz und Erfolg an, sie hat aber auch nicht verhindern können, dass der Staat in dieser Domäne sein verstärktes Engagement in einer den Privatschulen kaum genehmen Art und Weise entfalten will. Daniel Witzig nennt für die Aktualisierung der Erwachsenenbildung – nach seinen Ausführungen in grober Vereinfachung – drei Gründe:

- Die Arbeitszeit wird immer kürzer; damit wächst die frei verfügbare Zeit
- Höhere Anforderungen am Arbeitsplatz. Die Qualifikationen der Erstausbildung genügen nicht mehr. Höhere Anforderungen setzen Zusatzqualifikationen voraus.
- Die traditionellen Bildungsträger verzeichnen einen erheblichen Rückgang der Schülerzahlen. Die öffentlichen Schulträger müssen entweder die Infrastruktur redimensionieren oder sie übernehmen neue zusätzliche Funktionen. Das staatliche Bildungsmonopol liesse sich am leichtesten in der Erwachsenenbildung erweitern.

Kürzlich wurde der Redaktion aus Basel mitgeteilt, unser Blatt werde durch die lokalen Privatschulen regelmässig auch den Redaktionen – selbstverständlich mit einem Hinweis und freundlichen Grüßen – der regionalen Presse zugestellt. Nicht ohne Erfolg, wird doch auf diese Weise immer wieder daran erinnert, dass sich die für die Bildungspolitik zuständigen Redaktoren mit den Privatschulen auseinandersetzen müssen.

Wir stehen somit vor der Frage – die Weiterbildungsoffensive des Bundes ist die Nagelprobe für ihre Beantwortung, das ebenfalls besprochene Erwachsenenbildungsgesetz des Kantons Bern ein erster Schritt zu mehr Staat auch in der Erwachsenenbildung – ob sie zum vollwertigen Bestandteil des öffentlichen Bildungswesens aufgewertet werden soll, oder ob sie weitgehend in privater Verantwortung, allerdings mit gezielten Förderungsmassnahmen subsidiär unterstützt, verbleiben kann.

Blick auf das Wesentliche: Riesiges Potential

Wenn vom Entscheid über das staatliche Ausmass in der Erwachsenenbildung auch nicht alle Privatschulen gleich betroffen sind, so muss doch auf das Verstaatlichungspotential aufmerksam gemacht werden. Die EDK hat kürzlich zehn Problemfelder des Bildungsbereichs herausgearbeitet, in welchem sich wesentliche Entwicklungen und Veränderungen abzeichnen. Wir zitieren Problemfeld 1: «Die nachhaltigsten stärksten Entwicklungen dürften in den nächsten

Jahren und Jahrzehnten in der Erwachsenenbildung erfolgen» und Problemfeld 2: «Lebenslanges Lernen darf nicht Schlagwort bleiben, sondern es müssen auch die notwendigen Massnahmen getroffen werden, um das Weiterlernen in vielfältigen Formen zu fördern. Insbesondere gilt es, Wege zu suchen, um Fort- und Weiterbildung vermehrt breiteren Schichten zugänglich zu machen und nicht vorwiegend Kadern und Leuten mit einem grossen Schulsack vorzubehalten.»

Der unersättliche Appetit nach öffentlichen Gütern

Der vormalige Oxford-Universitätsprofessor Antony de Jasay hat unter obigem Titel geschrieben: «Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist ihrer Natur nach umverteiland. Deshalb sind sowohl der Umfang als auch die Struktur öffentlicher Güter und Dienstleistungen potentielle Quellen schwerer Interessenkonflikte.

Da die Kosten nie zur Gänze von Nutzniessern getragen werden müssen, kann kein Ausgleich von Grenzkosten und Grenznutzen die Menge öffentlicher Güter beschränken, und aus der politischen Küche kann fast alles kommen. Wenn man mit dieser Aussicht konfrontiert ist, ist es verlockend, nach einem anderen Regulationsprinzip zu suchen, beispielsweise nach einer natürlichen, sachlich determinierten Grenze zwischen «wahren» öffentlichen Gütern und solchen, welche von Mechanismen

Erwachsenenbildung

Dr. H. Amberg, SVEB

Bewährungszwang in vielen Lebensbereichen

- Beruf und Freizeit
- Umwelt und Natur
- Familie und Staat
- Kultur, Wissenschaft, Technik

Übergreifende Ziele

(wichtig in- und ausserhalb des Berufes)

- Informiertheit
Wissen über das Wesen und die Gewinnung von Informationen
- Wertorientierung
- Urteilsfähigkeit
kritisches und logisches Denken
- Kreativität
im Denken und Handeln
- Handlungskompetenz
Entscheidungsfähigkeit, Flexibilität
- Beziehungsbereitschaft

Integration von Teilbereichen

- Sprachbildung
- Gesundheitsbildung
- politische Bildung
- ästhetische Bildung
- ökologische Bildung

...



Vermeidung von Einseitigkeiten
Integration
Allgemeinheit der Bildung

des privaten Marktes geliefert werden können. Die legitimen Funktionen des Staates machen bei dieser Grenze halt. Diese theoretische Grenze soll wahrhaft öffentliche Güter, zu welchen der Zugang nicht zahlungsabhängig gemacht werden kann, von allen

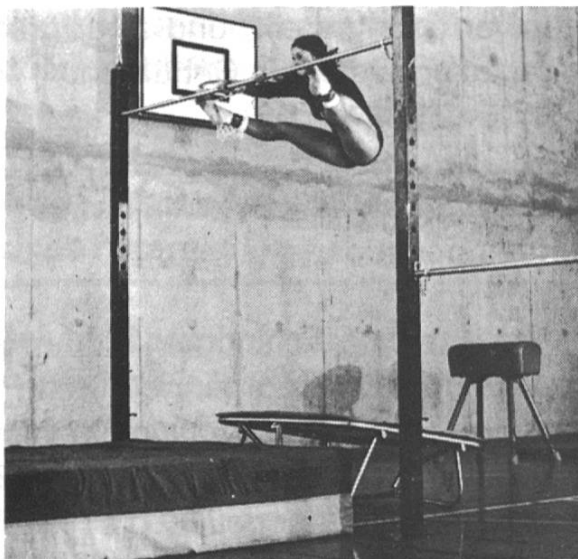
anderen trennen. In der Sprache der Wirtschaftswissenschaft sind echte öffentliche Güter von der allgemeinen Nutzung «nicht ausschliessbar». Das Signalfeuer eines Leuchtturms weist jedem Schiff den Weg, ob es nun Abgaben für den Leuchtturm entrichtet hat oder nicht; deshalb wird auch kein Reeder dafür zahlen wollen, und die Privatwirtschaft kann eine solche Einrichtung nicht zur Verfügung stellen. Man hält deshalb einen Leuchtturm für ein echtes öffentliches Gut. Dagegen besteht kein formaler Grund, weshalb der Zutritt zu Schulen nicht denjenigen vorbehalten sein sollte, die das volle Schulgeld bezahlen. Das Schulwesen gilt nicht als echtes, öffentliches Gut. Und doch gibt es kein zivilisiertes Land, welches nicht zumindest einen Teil der schulischen Ausbildung zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellt, und zwar gratis oder zu ermässigten Gebühren.»

Schlecht belohnte Privatinitiative und -innovation

Wir wissen aus schlechter Erfahrung, dass innovative Lehrgänge durch Privatschulen durch staatliche Einrichtungen kopiert werden, sobald sie Erfolg haben, mit der politisch einleuchtenden Begründung, es bestehe eine breite Nachfrage, die nicht nur selektiv (elitär) befriedigt werden dürfe. Also brauche es den Staat, der vermeintlich so billig ist. (Da lesen wir doch sogar in der uns Privatschulen wohlgenögenen NZZ im Zusammenhang mit dem Experiment der zwei-

sprachigen Schule der Ecoles Moser/Feusi Schulzentrum den Kommentar: «Die Kehrseite der Medaille sprachlicher Kompetenz ist der finanzielle Aufwand für die Eltern: 4500 Franken beträgt das Schulgeld pro Semester. Da braucht es schon eine besondere Motivation bei Eltern und Kindern, um sich in dieses pädagogische Abenteuer zu stürzen.» NZZ 1.6.90.) Das klassische Beispiel der staatlichen Kopie ist bestimmt das Berufswahljahr oder das freiwillige zehnte Schuljahr. Es zeichnet sich erneut eine staatliche Übernahme einer privaten bahnbrechenden Idee ab, ohne jegliches Copyright selbstverständlich. Kürzlich wurde der Presse ein

Projekt für eine höhere Schule für angehende Spitzensportler im Bündnerland präsentiert. Eine eidgenössisch anerkannte Sportmittelschule soll Sportler beiderlei Geschlechts offenstehen, die sich für eine Karriere im Leistungssport interessieren und gleichzeitig eine höhere Schulausbildung mit einem anerkannten Abschluss anstreben. Träger des Projekts ist eine Stiftung, welcher der Kanton Graubünden, die Landschaft Davos sowie die interessierten (und wohl auch staatlich subventionierten) Sportverbände angehören. Der Finanzierung stehen gemäss Äusserungen an der Pressekonferenz keine Hindernisse im Weg. Zur Erinnerung: Privat-



Fortschritt im Turngerätebau

**Schweizer Qualität aus
eigener Produktion
Garantierter Service in der
ganzen Schweiz**

Direkter Verkauf ab Fabrik
an Schulen, Vereine, Behörden
und Private

Turn-, Sport- und Spielgeräte-
fabrik

Alder & Eisenhut AG



seit 1891

Büro: 8700 Küsnacht ZH

Telefon 01/910 56 53

Fabrik: 9642 Ebnat-Kappel SG

Telefon 074/3 24 24

schulen haben solche Modelle schon vor vielen Jahren in die Tat umgesetzt. Die schulische Ausbildung von Spitzensportlern wurde immer als klassische Domäne der Privatschulen dargestellt. Nun soll auch dieses Profil durch staatliche Konkurrenz zusammengestaucht werden. Angesichts solcher Aussichten muten die wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungen über die Grenzen staatlicher Einmischung in die wirtschaftliche Tätigkeit geradezu als thoretische Träumereien an. Wir würden uns schon glücklich schätzen, wenn die Wettbewerbsspiele in der Bildung – und nun auch in der Erwachsenenbildung noch verstärkt – zugunsten der privaten Initiative nicht dauernd verschlechtert würden.

Und erst recht: Mit Zuversicht und Schlagkraft in die Zukunft

Trotz einiger misslicher Tatsachen bleiben wir zuversichtlich.

- Wir haben die gesamtschweizerische Organisation. Damit sollte der koordinierte und konzentrierte Einsatz unseres Einflusses möglich werden.
- An einem Podium in Stans zum Thema «freie Schulen und Staatschule: David und Goliath» sprach sich CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher klar für eine finanzielle staatliche Unterstützung privater Schulen aus. Es gehe nicht an, dass der Staat auch von jenen Eltern Steuern einziehe, die ihre Kinder privat ausbilden liessen.

Auch Lehrmittel sollten zur Verfügung gestellt werden.

Und last but not least: 60 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen stehen gemäss einer neuen Univox-Umfrage den Privatschulen positiv gegenüber. 65 Prozent der Interviewten sieht die Stärke der Privatschule darin, dass sie einen Unterricht nach Mass erteilt und sich dadurch vor allem den Problemfällen besser annehmen kann als die öffentliche Schule. Gleichverbreitet ist auch die Meinung, die Qualität der privaten Schulausbildung sei im Durchschnitt mit der staatlichen Schule vergleichbar. Was die Förderung von talentierten Schülern angeht, geben rund 40 Prozent der Befragten der Privatinstitution den Vorzug. Praktisch ebenso viele sind es, die jedoch die Schulgelder für Privatschulen als zu hoch betrachten.

Mrs. Thatcher in weiter Ferne

Von einer Reprivatisierungswelle in der Schweiz ist beileibe keine Rede. Im Gegenteil, der immer lauter werdende Ruf nach mehr Staat beim kleinsten sich stellenden Problem ist unüberhörbar. Und dennoch sind wir in unserem Bemühen nicht allein. Vielleicht drängt sich auch in dieser Hinsicht einmal ein Schulterchluss auf, nachdem das freisinnige «mehr Freiheit, weniger Staat» ja ganz offensichtlich bereits den Weg allen Vergänglichen genommen hat. Einer dieser Partner könnten die Privatspitäler sein. Dass sie gleiche und ähnliche Probleme beschäftigen, indem auch

auf der Hand liegende Lösungsvorschläge trotz eklatanter Finanzmisere überhaupt nicht diskutiert werden, ist bezeichnend. Wir schliessen deshalb mit einem Vorwort des PR-Verantwortlichen des Verbandes der Privatspitäler des Kantons Bern VPSB, Ernst Hügli, das im letzten Bulletin publiziert wurde:

Weltweit werden die Gegensätze politischer und wirtschaftlicher Systeme überbrückt und abgebaut, Marktwirtschaft eingeführt und die Privatinitiative gefördert. Ist nicht der Zeitpunkt gekommen, auch die traditionellen Finanzierungsstrukturen in unserem Spitalwesen aufzubrechen? Statt Spitaldefizite mit öffentlichen Mitteln zu decken, könnte dieses Geld (über 3 Milliarden Franken jährlich) zur Direktunterstützung der Versicherten in Form einer einkommensabhängigen Prämienverbilligung verwendet werden. Die Spitäler hätten bei wirtschaftlicher Arbeitsweise Anspruch auf volle Kostendeckung für gleiche Leistungen, unabhängig ob öffentliches oder privates Spital. Dem Patienten würde eine echte Wahl unter den öffentlichen und privaten Spitälern ermöglicht, und ein Wettbewerb mit gleich langen finanziellen Spiessen zwischen diesen Spitälern entstehen. Die Spitalfinanzierung würde dergestalt transparent und das heutige Giesskannen-Prinzip der Subventionen aufgehoben. Ob die Chance einer solchen grundlegenden Reform im Rahmen der gegenwärtigen Revisions-Bestrebungen für das Krankenversicherungsgesetz wohl erkannt und genutzt wird?

Alle Umschreibungen von **Allgemeinbildung** (AB) bleiben unzureichend. Doch bleibt die Aufgabe, für die Planung künftiger Weiterbildung zu sagen, wie in ihr AB berücksichtigt werden soll.

Alle, die hier planen, brauchen **Richtlinien**, um zu entdecken, was den Leuten für Bildungsmöglichkeiten angeboten werden sollen.

1. **Funktionelle AB**
arbeits- und lebensstüchtig werden, nicht nur für Beruf, auch für Familie, Freizeit etc.
2. **Kommunikative AB**
zwischenmenschliche Interaktion ist entscheidend für Erfolge im Beruf, zu Hause, an Geräten.
3. **Komplementäre AB**
zweckfrei-sinnvolle Tätigkeiten lernen: sich unterhalten, spielen, wahrnehmen und gestalten – will gelernt sein!
4. **Gespräch und Begegnung**
Annahme und Wertschätzung seiner selbst und der anderen. Sich öffnen. Empathie.
5. **Wissenschaftliche AB**
Schlüsselbegriffe und Grundstrukturen durchschauen lernen, bejahend und skeptisch zugleich.
6. **Allseitige Entfaltung**
sinnliches Wahrnehmen verbinden mit rationalem Erkennen, wissenschaftlichem Analysieren mit personalem Begegnen. Gemütsbildung.
7. **Gewissensbildung**
Freiheit und Grenzen erfahren, eigene Verantwortung spüren. Selbstbestimmung lernen.
8. **Religiöse AB**
wir transzendieren unsere Welt in jede Richtung und fragen nach dem Sinn unseres Lebens. AB zeigt sich darin, dass wir Antworten suchen.

(Nach Prof. L. Kerstiens, in Festschrift für Franz Pöggeler, Paderborn 1986)